

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2012)
Heft: 4: Wiedervereinigung?!?

Artikel: Wieder vereinigen? Ja? Nein? Vielleicht? : aus zwei mach eins
Autor: Ryser, Philipp / Kirchmayr, Klaus / Schneider-Schneiter, Elisabeth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-843254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Wieder vereinigen? Ja? Nein? Vielleicht?

Aus zwei mach eins

[ryp] Ist es möglich? Sinnvoll? Nützlich? Kostensenkend? Effizienzsteigernd? Was würde sie bringen – eine Fusion von Basel-Stadt und Baselland? Wir haben uns bei Baselbieter Politikerinnen und Politikern umgehört und nachgefragt. Dabei zeigte sich, dass momentan sehr viele Volksvertreterinnen und -vertreter eine Fusion begrüßen würden.

Im August 2011 überraschten der Grüne Landrat Klaus Kirchmayr und sein Basler Kollege Jürg Stöcklin mit der Ankündigung, eine Initiative für die Wiedervereinigung von Basel-Stadt und Baselland lancieren zu wollen. Inzwischen ist ein Jahr vergangen, ein überparteiliches Initiativkomitee gebildet und der Initiativtext ausgearbeitet. Worum geht es?

Klaus Kirchmayr: *Die Initiative verlangt, dass man in beiden Kantonen einen Verfassungsrat aus je 60 Personen, also mit insgesamt 120 Mitgliedern, wählt. Dieser hat den Auftrag, innert nützlicher Frist eine Verfassung für einen fusionierten Kanton Basel auszuarbeiten.*

Der Zeitplan steht: Ende 2013/Anfang 2014 würde man über die Initiative abstimmen, Ende 2014 den Verfassungsrat wählen, der bis ca. 2019 Zeit hätte, die neue Kantonsverfassung zu formulieren. 2019 oder 2020 würde in beiden Kantonen über diese Verfassung abgestimmt werden. Anschliessend müssten die eidgenössischen Räte und das Schweizer Stimmvolk die neue Verfassung und damit den neuen Kanton gutheissen. Bis der neue Kantonsrat gewählt werden könnte, würde es wohl 2022 oder 2023 werden, da am Schluss auch noch das Schweizer Volk darüber abstimmen muss. Ob es überhaupt so weit kommt, steht in den Sternen.

Klaus Kirchmayr: *Als wir vor einem Jahr die Sache in Angriff nahmen bezeichnete man uns als politische Selbstmörder. Und jetzt sagt man schon, es sei ja klar, dass diese Initiative angenommen werde und eine Fusion zustande käme. Leicht wird es allerdings nicht. Es handelt sich nicht einfach um irgendeine Abstimmung, sondern um eine sehr zentrale und emotionale Frage. Da der Prozess auch lange dauert, wird es viel politisches Stehvermögen brauchen.*

Es geht um Begriffe wie Heimat, Freiheit und Selbstständigkeit, aber auch um «die Zukunft unserer Region» oder um die heikle Frage, wo Regierung, Verwaltung, Gerichte und Parlament ihren Sitz haben

könnten. Vielleicht sind gerade diese Punkte für das Zustandekommen der Fusion von entscheidender Bedeutung, denn vernünftige Gründe, die für eine Fusion sprechen, gibt es genug.

Vereinen, was zusammengehört

Die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter aus Biel-Benken befürwortet eine Wiedervereinigung seit Langem. Sie findet, es sei an der Zeit, «dass in unserer kleinräumigen Region politische Grenzen abgebaut werden». Es gehe darum, die Hürden, welche im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit übersprungen werden müssen, tiefer zu setzen.

Elisabeth Schneider-Schneiter: *Wir brauchen starke, schlagkräftige Gemeinden und letztlich auch schlagkräftige Kantone. Heute ist es so, dass Basel-Stadt und Baselland häufig nicht am selben Strick ziehen. Deshalb werden sie in Bundesbern auch nicht als wichtige Region wahrgenommen. Es geht darum, dass wir unsere Kräfte bündeln. Das ist nur möglich als vereintes Basel. Noch wichtiger wäre eine Fusion aus wirtschaftlicher Sicht. Die Wirtschaft braucht funktionale Räume, nicht politische Grenzen – und schliesslich geht es aus historischer Sicht darum, dass wir endlich wieder vereinen, was eigentlich zusammengehört.*

Ähnlich sieht das der Baselbieter Landrat und SP-Parteisekretär Ruedi Brassel. Auch er findet, dass viele Staatsverträge, die im Rahmen der Partnerschaft zwischen Basel-Stadt und Baselland geschlossen wurden, eine Komplexität erreicht haben, bei der es keinen Sinn mehr macht, auf dieser Ebene weiterzumachen. Es gehe nun darum, einen neuen Pfad einzuschlagen.

Ruedi Brassel: *Wenn wir weiterhin auf zwei Halbkantone setzen, so nehmen wir uns die Chance, unsere Region weiterzuentwickeln und schmälern ihre Ausstrahlungskraft. In einer globalisierten Gesellschaft sind kleinräumige politische Verhältnisse, wie wir sie hier haben, unsinnig.*

Die Zukunft der Region sichern

Klaus Kirchmayr teilt die Meinung von Ruedi Brassel und Elisabeth Schneider. Mit grosser Wahrscheinlichkeit würde eine Wiedervereinigung zu gewissen Effi-

zientz gewinnen führen. Die Spitzenpositionen in der Verwaltung müssten nicht doppelt besetzt, die Mitarbeiterzahlen in den Departementen könnten reduziert und Gesetze vereinheitlicht werden. Das brächte viele Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, das regionale Gewerbe und die Unternehmen. Darüber hinaus sei eine Fusion für die Region von vitalem Interesse.

Klaus Kirchmayr: *Es geht um die Zukunft der Region. Wir leben heute in einer anderen Welt als vor 50 Jahren, als die Fusion zum letzten Mal zur Debatte stand. Die Welt ist inzwischen globalisiert. Wenn wir bestehen wollen und unseren Stand bezüglich Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit halten möchten, dann müssen wir unsere Ressourcen zusammenlegen.*

Ist man denn dadurch wirklich schlagkräftiger?

Klaus Kirchmayr: *Ja. Es gibt einige Aspekte, die das illustrieren. Nehmen wir das Beispiel der Life-Science-Unternehmen. Die Besitzer sind nur noch bei Roche baslerisch und das Management ist in beiden Fällen international. Es ist blauäugig anzunehmen, dass uns diese multinationalen Unternehmen einfach so erhalten bleiben. Ich glaube nicht, dass sich Roche und Novartis als Forschungszentrum und Hauptquartier für eine Provinzstadt entscheiden werden.*

Aber auch mit einer Kantonsfusion bleibt Basel eine Provinzstadt.

Klaus Kirchmayr: *Nein, das glaube ich nicht, weil es Möglichkeiten gibt, zentrale Dinge anders anzugehen. Vereint haben die beiden Basel ein sehr hohes Innovations- und Investitionspotenzial, welches kaum zu schlagen ist. Wir müssen als Region sicherstellen, dass wir grosse Investitionen tätigen können, die diese Region auf einen neuen Level heben und damit unsere Lebensqualität und den Wohlstand nachhaltig sichern. Es gilt, unsere Stärken gemeinsam zu nutzen.*

Er kann sich vorstellen, dass es möglich wäre, die Universität zu einer Hochschule von internationaler Ausstrahlung zu machen, in Basel einen ETH-Standort für Life-Science-Aktivitäten aufzubauen und das Gesundheitswesen so weit zu reformieren, dass dieses eine weit überregionale Ausstrahlung hat und sogar Gewinne abwirft. Die Synergien zwischen Life

Science, Industrie, Hochschulen und Gesundheitsdienstleistungen seien gross und würden bis anhin kaum genutzt.

Ein unumgänglicher Schritt?

Das Bewusstsein, dass es für die Entwicklung der Region eine Fusion braucht, ist in Basel schon lange vorhanden. Jürg Stöcklin, Präsident der Grünen BS und Professor für Botanik, ist davon überzeugt. Wenn sich Basel als Standort und Stadt entwickeln wolle, brauche es mehr Partnerschaft. Ausserdem würden sich heute auch viele Menschen in der Landschaft – vor allem jene im Bezirk Arlesheim – mit Basel als Stadt und als Region identifizieren. «Von daher erscheint heute die Grenze zwischen den beiden Halbkantonen zunehmend als etwas Künstliches». Damit spricht Jürg Stöcklin das aus, was auch Klaus Kirchmayr, Ruedi Brassel und Elisabeth Schneider-Schneiter feststellen: Die politischen Grenzen zwischen Stadt und Land sind für die Menschen in der Region bedeutungslos geworden.

Klaus Kirchmayr: *Aus der Vogelperspektive sind die Grenzen zwischen Stadt- und Landkanton schon längst nicht mehr sichtbar. Auch in der Lebenswirklichkeit der Menschen gibt es diese Grenzen nicht mehr. Man freut sich gemeinsam, wenn der FCB siegt, wenn Roger Federer ein Grand-Slam-Turnier gewinnt oder wenn die Fasnacht stattfindet – und auf den Zolli und die Messe sind sowieso alle gleich stolz. Für mich ist es extrem wichtig, dass die junge Generation, die nachkommt, nicht mit dieser künstlichen Trennung aufwachsen muss.*

Wirklich neu sind diese Feststellungen nicht. Dass es so etwas wie eine regionale Identität gibt, weiss man schon lange. Aber warum um alles in der Welt wird die Idee der Fusion gerade jetzt wieder aufgegriffen? Ihn hätte, so erklärt Klaus Kirchmayr, der Allgemeinzustand des Kantons Baselland dazu bewogen, die Initiative zu lancieren. Darüber hinaus habe er als ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied einer Schweizer Grossbank und als selbstständiger Fusionsberater das fachliche Know-how und wisse, wann es Sinn mache, eine Fusion in Angriff zu nehmen. Dieser Zeitpunkt sei gekommen. Basel-Stadt und Baselland würden sich mit Blick auf ihre wirtschaftliche Situation momentan auf Augenhöhe begegnen. Da könne nicht von einer Übernahme gesprochen werden. Zwei starke Partner könnten jetzt zusammenfinden.



Die Chance scheint einmalig. Ob allerdings Ruedi Brassel zuzustimmen ist, wenn er sagt, dass es im Prinzip keine vernünftigen Gegenargumente gäbe, ist zu prüfen.

Selbstständig bleiben – eigenverantwortlich handeln

SVP-Nationalrat Thomas de Courten setzt sich «für ein selbstständiges Baselbiet» ein und ist ein Gegner der Wiedervereinigung:

Thomas de Courten: *Ich möchte, dass das Baselbiet unabhängig und eigenverantwortlich bleibt. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich unser Kanton in seiner Eigenständigkeit auch im Schweiz-weiten Vergleich bestens und überdurchschnittlich entwickelt hat. Was seit Langem bereits gut funktioniert, muss nicht zwingend fraglichen Experimenten oder visionären Träumereien geopfert werden. Letztlich geht es darum, Staat und Politik so bürgernah wie möglich zu gestalten. Das sichert Handlungsspielraum für künftige Generationen. Nur in Selbstständigkeit können wir Verantwortung übernehmen, gestalten und entscheiden, nach welchen Regeln wir Baselbieter zusammenleben wollen.*

Der Baselbieter Nationalrat geht davon aus, dass die Verwaltung in einem Grosskanton aufgebläht und der Staat ineffizient und teuer würde. Er befürchtet, dass es zu einer starken Zentralisierung käme, wodurch die ländlichen Randregionen gegenüber dem Zentrum und der Agglomeration massiv geschwächt würden. Damit spricht er das aus, was viele Mitglieder der SVP denken, auch Thomas Weber, Landrat aus Buus.

Thomas Weber: *Man würde die Macht der Zentralverwaltung stärken und die Gemeindeautonomie schwächen. Im Kanton Baselland hat man heute ein gut austariertes Kräfteverhältnis zwischen den ländlichen und den Agglomerationsgemeinden. Wenn nun ein Bezirk Basel-Stadt dazukäme, so hätten die Gemeinden aus dem oberen und mittleren Baselbiet und dem Laufental in vielen Abstimmungen keine Chance.*

Ebendies befürchtet auch Kurt Grieder, der während 28 Jahren Gemeinderat von Waldenburg war. Er ist nicht grundsätzlich gegen Gebietsfusionen. Als Fernziel kann er sich sogar einen Kanton Nordwest-

schweiz vorstellen, dem neben den beiden Basel auch das aargauische Fricktal und das Schwarzbubenland angehören. Einer Wiedervereinigung von Baselland und Basel-Stadt, davon ist er überzeugt, würden die Menschen in den Bezirken Sissach und Waldenburg kaum zustimmen. Falls eine Fusion zustande käme, dann nur wegen einer möglichen Mehrheit im Unterbaselbiet. Das hätte jedoch un-gute Folgen. Der FDP-Politiker nimmt an, dass sich die Menschen im oberen Kantonsteil überstimmt und in ihren demokratischen Mitbestimmungsrechten beschnitten fühlen würden. Eine solche Entwicklung möchte auch Oskar Kämpfer, Präsident der SVP Baselland, verhindern. Er ist der Meinung, dass sich die Stadt-Land-Kluft kaum überwinden lasse. Städtische und ländliche Kultur seien zu verschieden und nicht miteinander vereinbar. Er, der Baselland, seine Heimat, «nicht aufgeben möchte», findet, dass sich viele Probleme «viel einfacher vor Ort lösen lassen als in einem fernen, übergeordneten Gremium». Darum lehnt er eine Fusion ab. Er bezeichnet sich – wie es auch Thomas de Courten tut – als Anhänger des Föderalismus.

Thomas de Courten: *Ich bin ein überzeugter Föderalist. Ich halte nichts von einer Zentralisierung. Je bürgernäher ein Staatswesen ist, desto besser, effizienter und selbstbestimmter können Bürger handeln. In einem Grosskanton würde vieles nur noch über einen Leisten geschlagen, mehr reglementiert, verordnet und von der Obrigkeit weit weg vom eigenen Dorf diktiert. Die Bürger hätten viel weniger Mitsprachemöglichkeiten. Das wäre ein herber Verlust für unsere Demokratie, die auf Bürgernähe und nicht auf zentralstaatlicher Verwaltung aufbaut.*

Gemeinsam oder im Alleingang?

Dass es sich bei der Wiedervereinigungsinitiative bloss um eine «Schaumschlägerei» handelt, mit der man von anderen Problemen ablenken wolle, wie es SVP-Landrat Thomas Weber behauptet, scheint unwahrscheinlich. Die Angst, die Bürger hätten weniger Mitsprachemöglichkeiten und die Gemeinden weniger Handlungsspielraum, ist vermutlich unbegründet. In einem geeinten Basel wäre wohl eher das Gegenteil der Fall. Klaus Kirchmayr etwa geht davon aus, dass bei einer Fusion die reelle Chance bestünde, «den Gemeinden mehr Kompetenzen, Aufgaben und Mittel zu geben, als sie heute haben». Gut möglich, dass sich in der Folge einige der 86 Baselbieter Gemeinden überlegen, sich zusammenzuschliessen. In der Stadt Basel würde auf jeden Fall neu eine Einwohnergemeinde entstehen.

Dass sich die Menschen in der Region als Basel-Städter oder Basel-Landschäftler fühlen, muss infrage gestellt werden. Natürlich binden sich Menschen gefühlsmässig an ihren Geburts- oder Wohnort – an ein Dorf, eine Gemeinde oder eine Stadt; doch bestehen solche Heimatgefühle auch gegenüber einem Halbkanton? Und falls ja, wie stark sind sie? Ist die emotionale Bindung an ein abstraktes Konstrukt wie ein Kanton stärker als die gefühlsmässige Verbundenheit mit einer Region, welche die unmittelbare Lebenswirklichkeit darstellt?

Bleibt die Frage, wo Regierung, Parlament, Verwaltung und Gerichte sein würden? In Basel, in Liestal oder vielleicht sogar an verschiedenen Orten? Die Meinungen sind geteilt. Für Thomas de Courten wäre – wenn schon – Liestal naheliegender als Basel. Kirchmayr verweist auf den demokratischen Prozess im Verfassungsrat und Elisabeth Schneider-Schneiter findet, dass Regierung und Parlament ihren Sitz in Basel haben sollten, Verwaltung und Gerichte aber durchaus auf der Landschaft angesiedelt sein könnten. Sie blickt allerdings schon weiter voraus und hätte Lösungen für nicht mehr gebrauchte Baselbieter Verwaltungsgebäude parat: «Man könnte sie dann der Wirtschaft zuführen, was auch wieder zu einem Aufschwung im Baselbiet führen würde.»

Die Fronten sind bezogen, erste Argumente ins Feld geführt. Man darf auf die Fortsetzung gespannt sein.